

Wahlprüfstein-Antwort von Sahra Mirow
Heidelberger Wahlkreiskandidatin von DIE LINKE
auf die Fragen des Heidelberger Bündnisses für gerechten Welthandel

1. Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Der jüngste Oxfam-Bericht hat wieder einmal bestätigt, was wir als LINKE schon immer sagen: die soziale Ungleichheit steigt sowohl im nationalen Rahmen aber auch global. Die Reichen werden immer reicher, während die Armen immer ärmer werden. Die Überwindung dieser Ungleichheit ist noch mindestens für einige Jahrzehnte, wenn nicht sogar noch länger eine Menschheitsaufgabe. Um diese Menschheitsaufgabe zu bewältigen braucht es auch einen gerechten Welthandel. Diesem Ziel gegenüber steht ein neoliberales und marktradikales System, welches wir seit vielen Jahren konsequent kritisieren. Angetrieben wird dieses System vom dem historisch widerlegten Glaube, dass der Markt alles regeln könne. Gewinner der neoliberalen Freihandelsideologie sind die internationalen Konzerne, die Superreichen des Nordens sowie eine verschwindend kleine Schicht heimischer Eliten des globalen Südens. Die Verlierer sind die Masse der Menschen im globalen Süden und wo durch Handelsverträge nationale Standards, etwa beim Arbeits- oder Klimaschutz, ausgehöhlt werden, gehört auch die breite Mehrheit der Bevölkerung des globalen Nordens zu den Verlierern. Die transnationalen Konzerne des globalen Nordens, plündern die Länder des globalen Südens systematisch und ohne Zurückhaltung aus. Bei unserer Kritik und unserem Einsatz gegen diese Zustände werden wir nicht nachlassen. Auch kritisieren wir die viel zu hohen Exportüberschüsse Deutschlands, welche globale Handelsungleichgewichte verursachen und dabei insbesondere im Rahmen von Freihandelszonen und durch ihre hoch industrialisierte Produktion bei zu niedrigen Löhnen die Wirtschaft anderer Länder kaputt konkurrieren. Um sich vor dieser Konkurrenz zu schützen und eigene verarbeitende Industrie aufzubauen, benötigen weniger industrialisierte Länder das Recht Zölle zu erheben und Handelsbeschränkungen zu erlassen. Wo dies im Rahmen von Freihandelsabkommen verboten wird, nützt dies nur den stärker industrialisierten bzw. wirtschaftlich höher entwickelten Ländern. Wir wollen eine andere Globalisierung und damit ein Ende der jahrhundertealten Ausbeutung des globalen Südens. Es braucht eine internationale Wirtschaftsordnung die globale soziale Ungleichheit verringert, anstatt diese immer weiter zu befeuern. Soziale Rechte, Frauen- und Umweltrechte bilden hierfür eine wesentliche Grundlage. „Hoch die Internationale Solidarität,“ ist für DIE LINKE keine verstaubte Parole. Sie wird deshalb jede sich entwickelnde Wirtschaftsstruktur daran messen, ob globale soziale-ökologische Gerechtigkeit schafft.

2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Das im Pariser Klimaschutzabkommen verankerte Ziel, den globalen Temperaturanstieg im Mittel auf 1,5 Grad zu begrenzen, ist die Grundlage, nach der wir unser Handeln auszurichten haben. Zur Erreichung dieses Ziels müssen die bereits wirtschaftlich stärker entwickelten Länder einen größeren Beitrag leisten als die Länder, welche diese Entwicklung erst noch nachzuholen haben. Deshalb wollen wir das Baden-Württemberg nicht nur klimaneutral, sondern klimapositiv wird. Im Landtagswahlprogramm fordern wir deshalb eine Klimaschutzprämissen für Baden-

Württemberg. Ganz konkret muss etwa die einseitige auf Elektromobilität und Individualverkehr ausgerichtete Wirtschaftsförderung der Autoindustrie beendet werden. Es braucht stattdessen den sozialökologischen Umbau unserer Wirtschaft. Im Bereich des Handels ist es zur Bekämpfung der Klimakrise zentral, regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern, um die Emission von Treibhausgasen durch den Gütertransport zu minimieren. Zudem muss unbedingt verhindert werden, dass in der Folge von Handelsvereinbarungen Klima- und Umweltschutzstandards gesenkt oder aufgehoben werden. Vielmehr braucht es zusätzliche verbindliche Regelungen, die sicherstellen, dass nach BadenWürttemberg, Deutschland und die EU importierte Produkte unter ökologischen Standards produziert wurden. Handelsverträge müssen jedoch nicht nur ökologische oder Klimafragen berücksichtigen, die sozialen Folgen sind für die LINKE genauso wichtig. Ohne ein Ende von Kinderarbeit, Ausbeutung und unmenschlichen Arbeitsverhältnissen ist für DIE LINKE die Fortführung des derzeitigen internationalen Handels nicht vertretbar. Deswegen unterstützen wir auch den Vorschlag eines Lieferkettengesetzes, in dem Importeure nach Deutschland dazu gezwungen werden, Rechenschaft über die Herstellungsbedingungen ihrer Produkte entlang der Lieferketten abzulegen.

3. Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?

Internationale Handelsabkommen wie CETA haben weitreichende Folgen auch für Länder und Kommunen bei der Bereitstellung von Dienstleistungen und Infrastruktur der öffentlichen Hand, so etwa im Gesundheitswesen oder im Bildungs- oder Kulturbereich. Auch in die Daseinsfürsorge greift CETA tief ein. Zudem ist CETA nicht zuletzt wie viele andere Freihandelsverträge ein Instrument des Demokratieabbaus. Denn zunächst werden Freihandelsverträge über Jahre hinweg von Regierungsstellen unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt – selbst Parlamentier*innen haben oft keinen Einblick, sollen dann aber durch die unmittelbar demokratisch legitimierten Entscheidungsgremien, das heißt die Parlamente, schnell durchgewunken zu werden. Sind die Freihandelsabkommen dann erst einmal erlassen, setzen sie zuvor geltendes nationales Recht außer Kraft, sind nur schwer nachzuverhandeln und verringern den Entscheidungsspielraum von Parlamenten. Auch deshalb lehnen wir CETA ab. DIE LINKE bekämpft die Ratifizierung von CETA mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Dabei hat sie CETA und andere Handelsabkommen immer wieder auf die Tagesordnung von Landtagssitzungen gebracht – in Baden-Württemberg wäre dies nicht anders. Bereits 2016 hat die DIE LINKE Organklage gegen die Bundesregierung erhoben, weil Teile des CETA-Abkommens bereits umgesetzt werden, ohne dass dieses vom Bundestag ratifiziert wurde. 2021 wird nun über CETA vor dem Bundesverfassungsgericht entschieden. Das Ergebnis ist hier tatsächlich offen. Zusammen mit zivilgesellschaftlichen Gruppen werden wir uns am Widerstand gegen CETA beteiligen.

4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei – bei einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Ich selbst engagiere mich schon seit Jahren gegen Freihandelsabkommen deshalb kann ich ohne zu erröten sagen: Ja, das können wir. Wir sind die einzige Partei, die sich konsequent auf allen Ebenen gegen CETA stemmt. Im Europäischen Parlament, im Bundestag und ab März auch im Stuttgarter Landtag werden wir immer gegen die

Ratifizierung von CETA . Wir beugen uns keinen Druck von Lobbyist*innen. Hier erweist es sich als großer Vorteil, dass wir von großen Konzernen finanziell unabhängig sind. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien muss die Partei DIE LINKE keine Rücksicht auf Großspender*innen nehmen. Wir werden der Aushebelung parlamentarischer Kontrollrechte, dem Abbau so genannter nicht-tarifärer Handelshemmnisse und dem Abbau des Umwelt-, Verbraucher*innen- und Arbeitnehmer*innenschutzes nicht tatenlos zusehen.